

## **Bericht**

über die Prüfung des

Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022

und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2022

der

**Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH**

Hamburg

Die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat die vorliegende PDF-Datei auf Wunsch des Mandanten erstellt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Dokument um eine elektronisch übersandte Kopie handelt und für unser Prüfungsurteil ausschließlich unser Prüfungsurteil in der unterzeichneten Originalfassung maßgeblich ist.

Da nur das gebundene und von uns unterzeichnete Testatexemplar das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Version keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit – auch gegenüber Dritten – allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (AAB vom 1. Januar 2017) richtet.

**RSM GmbH** Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Schwachhauser Heerstr. 266b · D-28359 Bremen · T +49 421 2388 0 · F +49 421 2388 330  
bremen@rsm.de · www.rsm.de

Die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft ist ein Mitglied des RSM Netzwerks. Jedes Mitglied des RSM Netzwerks ist eine unabhängige Wirtschaftsprüfungs- und/oder Steuerberatungsgesellschaft, die als eigenständige unternehmerische Einheit operiert. Das RSM Netzwerk stellt keine eigene juristische Person dar.



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. PRÜFUNGSaufTRAG	1
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	2
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzliche Vertreterin	2
1. Wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Geschäftsjahr	2
2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung	3
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	4
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	8
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	10
3. Lagebericht	10
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES	12
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS	14

## Anlagenverzeichnis

	Anlage
Bilanz zum 31. Dezember 2022	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2022	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022	4
Fragenkatalog nach § 53 HGrG	5
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017	6

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- 1 Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

Zur besseren Lesbarkeit wird in dem vorliegenden Prüfungsbericht auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Es wird das generische Maskulinum verwendet, wobei alle Geschlechter gleichermaßen gemeint sind.

## A. PRÜFUNGSaufTRAG

Durch Beschluss des Aufsichtsrates vom 16. Mai 2022 der

**Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH, Hamburg,**  
- nachfolgend kurz "LIHHM" oder "Gesellschaft" genannt -

wurden wir mit der Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2022 beauftragt. Demgemäß hat uns der Aufsichtsrat den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 zu prüfen und der Gesellschaft darüber zu berichten.

Unsere Prüfung erstreckte sich vereinbarungsgemäß auch auf die Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG sowie auf die Prüfung der Umsetzung von Aufsichtsratsbeschlüssen und Tätigkeitszusagen der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat.

Des Weiteren haben wir die Prüfungsanweisung der Freien Hansestadt Hamburg bei unserer Prüfung beachtet.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft zu behandeln und daher nicht prüfungspflichtig. Gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss jedoch freiwillig zu prüfen.

Der vorliegende Prüfungsbericht wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.) erstellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 6 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 vereinbart.

## **B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzliche Vertreterin**

#### **1. Wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Geschäftsjahr**

Zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens im Geschäftsjahr sind dem Lagebericht der gesetzlichen Vertreterin folgende wesentliche Aussagen zu entnehmen:

- a)** Aufgrund vierter Corona-Welle erneut Einschränkungen im Geschäftsjahr
- b)** Die Entwicklung führte zu einem Jahresüberschuss von TEUR 19

Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

#### **Zu a):**

Im vergangenen Geschäftsjahr gab es aufgrund der vierten Corona-Welle erneut Einschränkungen bis in den Frühling des Jahres 2022. Bis einschließlich April hatten die Beschränkungen damit auch Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der LIHH. Auch wenn unter den Sicherheitsauflagen 2G und 2Gplus einige Aktivitäten möglich waren, waren Unternehmen weiterhin grundsätzlich sehr verhalten bei der Erlaubnis von Teilnahmen an Präsenzterminen oder untersagen dies komplett. Als zusätzliche Herausforderung für Unternehmen kam der Angriffskrieg auf die Ukraine hinzu. Durch Lieferkettenschwierigkeiten und steigende Energiepreise wurden Kapazitäten in den Unternehmen zusätzlich gebunden.

#### **Zu b):**

Das Jahresergebnis fällt im Vergleich zum Plan (TEUR 10) mit TEUR 19 leicht höher aus. Die Erträge fallen im Vergleich zum Plan um TEUR 80 geringer aus. Dies liegt im Wesentlichen an nicht abgerufenen bzw. in Anspruch genommenen Fördermitteln (TEUR -80). Parallel zu den verminderten Erträgen sind auch die Aufwendungen überproportional unter den geplanten Werten geblieben. Dies resultiert vor allem aus der Summe der sonstigen Aufwendungen (TEUR -88). Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die meisten Veranstaltungen, Messen und damit verbundene Reiseaktivitäten nicht wie geplant stattfinden.

Zusammenfassend stellt die gesetzliche Vertreterin im Lagebericht fest, dass sich die Gesellschaft erwartungsgemäß entwickelt hat.

## **2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Zur Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung sowie zu Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens sind folgende Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht der gesetzlichen Vertreterin als wesentlich hervorzuheben:

- a) Neue Unsicherheiten durch Ukraine-Krieg und Energiekrise
- b) Für 2023 wird weiterhin mit einem positiven Ergebnis geplant

Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

### **Zu a):**

Die durch COVID-19 verursachten negative Einflüsse werden sich weiter abschwächen. Allerdings sind mit dem Ukraine-Krieg und der damit einhergehenden Energiekrise neue Unsicherheiten zu verzeichnen, die die Branche stark beeinflussen. Zudem halten die Schwierigkeiten in den globalen Lieferketten an. Es wird daher eher von einer Stagnation bei den Mitgliederzahlen im LIHH e.V. 2023 ausgegangen und ggf. wird es Beitragsausfälle aufgrund von Insolvenzen oder Fusionen geben. Die Innovationsthemen könnten auf Unternehmensseite aufgrund der aktuellen Herausforderungen in den logistischen Wertschöpfungsketten an Bedeutung verlieren. Auch besteht die Möglichkeit, dass keine Kapazitäten für Netzwerkaktivitäten zur Verfügung stehen.

### **Zu b):**

Es wird mit einer Steigerung der Einnahmen geplant, die vor allem aus den geplanten Einnahmen für die Organisation und die Durchführung des Gemeinschaftsstandes auf der tl-München (TEUR +350) resultiert. Zudem sind in 2023 wieder zusätzliche Aktivitäten in Präsenz geplant. Darunter fallen Veranstaltungen wie die Ausrichtung der Bahnkonferenz in Hamburg (TEUR +9) oder der Wissenschaftstag in Kombination mit dem Young Professio-

nals' Award Logistics (TEUR +20). Entsprechend der erläuterten Einnahmenentwicklung und damit verbundenen Aktivitäten fallen die sonstigen Kosten entsprechend höher aus als im Vorjahr. Die Erhöhung der Personalkosten entspricht der Personalplanung mit zwei neuen Stellen in 2023 sowie einer geschätzten Tarifierhöhung von + 7 %.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der künftigen Entwicklung der Gesellschaft, durch die gesetzliche Vertreterin ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

### **C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

Gegenstand unserer Jahresabschlussprüfung waren neben dem aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang bestehenden Jahresabschluss die zugrunde liegende Buchführung und der Lagebericht der Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH für das zum 31. Dezember 2022 beendete Geschäftsjahr.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts erstreckte sich auch darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

Aufgrund des durch die Geschäftsführung erweiterten Auftrags waren Gegenstand unserer Prüfung außerdem die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG sowie die Prüfung der Umsetzung von Aufsichtsratsbeschlüssen und Tätigkeitszusagen der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere, ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Die gesetzliche Vertreterin der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht, die dazu eingerichteten internen Kontrollen sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die gesetzliche Vertreterin dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen.

Unsere Aufgabe ist es, die von der gesetzlichen Vertreterin vorgelegten Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir – mit Unterbrechungen – in der Zeit vom 6. März bis 11. April 2023 im Wesentlichen in unseren Büroräumen durchgeführt.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der durch uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Abschluss zum 31. Dezember 2021.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns insbesondere die Buchhaltungsunterlagen, Bestätigungen von Dritten sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle zur Auftragsdurchführung von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden von der Geschäftsleitung sowie den benannten Auskunftspersonen erteilt.



Ergänzend hierzu hat uns die gesetzliche Vertreterin in der berufüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 317 ff. HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze zur ordnungsgemäßen Durchführung von Abschlussprüfungen beachtet.

Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung erstreckte sich nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Wir weisen darauf hin, dass gezielte Prüfungshandlungen zur Aufdeckung von Unterschlagungen oder sonstigen strafrechtlich relevanten Tatbeständen zu Lasten der Gesellschaft nicht Gegenstand der Abschlussprüfung sind.

Die Prüfung erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, insbesondere die Bilanzierungs-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, beachtet worden sind.

Außerdem umfasste die Prüfung eine Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir im Vorfeld der Prüfung die Prüfungshandlungen geplant. Die Prüfungsplanung basiert auf:

- einer Einschätzung des Unternehmensumfelds und unseren Branchenkenntnissen,
- den Auskünften der Geschäftsführung zu Geschäftsverlauf, Zielen und Strategien,
- den uns zum Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen,
- einer vorläufigen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Gesellschaft,
- einer vorläufigen Beurteilung der Jahresabschlussdaten anhand von analytischen Prüfungshandlungen sowie
- unserer Erfahrung aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses.

Anhand der gewonnenen Informationen wurden Unternehmensbereiche bzw. Jahresabschlussposten mit vergleichsweise erhöhtem Risikopotenzial identifiziert und als Prüfungsschwerpunkte in den Prüfungsplan aufgenommen. Für das Berichtsjahr wurden folgende Prüfungsschwerpunkte abgeleitet:

- Umsatzrealisierung/Forderungen
- Vollständigkeit und Bewertung der Fördermittel

Ausgehend von einer Beurteilung des internen Kontrollsystems und den Ergebnissen der analytischen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Auf die Einholung von Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie gegenüber verbundenen Unternehmen wurde verzichtet, da nach Art der Erfassung, Verwaltung und Abwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten ihr Nachweis einfacher und mit gleicher Sicherheit erbracht werden kann.

Die Prüfung der sonstigen Rückstellungen erfolgte anhand der vorgelegten Nachweise über die Höhe bzw. Ermittlung der Verpflichtungen. Die Vollständigkeit der Rückstellungen beurteilten wir anhand von Befragungen, Durchsicht von Protokollen und Verträgen etc. In die Prüfung haben wir die Abwicklung der Vorjahresrückstellungen einbezogen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

## **D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Die Buchführung der Gesellschaft wird durch Gawer & Stein StbG mbH unter Verwendung des Programms Kanzlei Rechnungswesen der Datev eG durchgeführt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Die Buchführung der Gesellschaft und die weiteren geprüften Unterlagen einschließlich des Belegwesens entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

## **2. Jahresabschluss**

Die Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2022 eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 HGB. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften einschließlich der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach der Vorschrift des § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Von den größenabhängigen Erleichterungen für die Aufstellung des Jahresabschlusses hat die Gesellschaft keinen Gebrauch gemacht.

## **3. Lagebericht**

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse steht der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sind vollständig und zutreffend.

## **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Die von der Gesellschaft angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang angegeben.

Wesentliche grundsätzliche Änderungen in den Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie besondere sachverhaltsgestaltende Maßnahmen haben wir nicht festgestellt.

## **E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES**

Bei unserer Prüfung beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG. Dementsprechend prüften wir auch, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in der Anlage 5 zusammengestellt, auf die wir verweisen. Wir haben als Grundlage für die Bearbeitung den Fragenkatalog des IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" verwendet. Über die in dem vorliegenden Bericht und in der Anlage 5 enthaltenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Beurteilung für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Ferner sind im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses der Gesellschaft die von der Gesellschaft erhaltenen Zuwendungen in Bezug auf die zweckentsprechende Mittelverwendung in die Prüfung einzubeziehen.

Der Gesellschaft hat im Jahr 2022 die nachfolgenden Zuwendungen erhalten bzw. Ansprüche auf Zuwendungen bilanziert:

Von der Behörde für Wirtschaft und Innovation sind im Berichtsjahr Zuwendungen im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von TEUR 500 sowie Zuwendungen in Höhe von TEUR 15 für das Projekt Urbane Logistik bilanziert worden. Die Prüfung dieser Zuwendungen blieb ohne Feststellungen.

Vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sind im Berichtsjahr Zuwendungen für das Projekt VevoTraS in Höhe von TEUR 14 sowie TEUR 21 für das Projekt Medifly bilanziert worden. Die Prüfung dieser Zuwendungen blieb ohne Feststellungen.

Vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im Berichtsjahr Zuwendungen für das Projekt MOLO hubs in Höhe von TEUR 21 bilanziert worden. Die Prüfung dieser Zuwendungen blieb ohne Feststellungen.

Im Rahmen der Interreg-Förderprogramme Avatar, Epicenter und Connected River sind für das Jahr 2022 TEUR 61, TEUR 37 bzw. TEUR 2 an Zuwendungen bilanziert worden. Die Prüfung dieser Zuwendungen blieb ohne Feststellungen.

Im Rahmen EU Förderprogramms Horizon Europe sind für das Jahr 2022 Zuwendungen in Höhe von TEUR 3 für das Projekt Decarmobile bilanziert worden. Die Prüfung dieser Zuwendungen blieb ohne Feststellungen

Ferner ist die Umsetzung von Aufsichtsratsbeschlüssen und Tätigkeitszusagen der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat zu prüfen. Nach Durchsicht der Aufsichtsratsprotokolle und Befragungen von Frau Schmidt sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die von der Geschäftsführung nicht umgesetzt worden sind.



## F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 (Anlage 4) der Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH mit Datum vom 11. April 2023 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben ist:

### „BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH:

#### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der LIHHM GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der LIHHM GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend be-

schrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### *Verantwortung der gesetzlichen Vertreterin für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzliche Vertreterin ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die gesetzliche Vertreterin dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignis-

sen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Die Erteilung und somit auch die Unterzeichnung des Bestätigungsvermerks sind aufgrund der gesetzlichen Vorgaben außerhalb dieses Prüfungsberichts im Rahmen eines sog. Testatsexemplares zum Jahresabschluss erfolgt. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bremen, den 11. April 2023

RSM GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft



Kissel  
Wirtschaftsprüfer



Beering  
Wirtschaftsprüfer

# **ANLAGEN**

## Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH

## Bilanz zum 31. Dezember 2022

A K T I V A			P A S S I V A				
	EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR		EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>				<b>A. EIGENKAPITAL</b>			
<b>Sachanlagen</b>				<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	25.000,00		25.000,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.184,00	5.539,00	<b>II. Gewinnvortrag</b>	52.370,38		38.733,56
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>				<b>III. Jahresüberschuss</b>	<u>18.588,20</u>	95.958,58	<u>13.636,82</u>
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>							<u>77.370,38</u>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.753,27		2.278,29	<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>85.272,35</u>		<u>137.732,46</u>	1. Steuerrückstellungen	9.273,43		9.273,43
		116.025,62	140.010,75	2. Sonstige Rückstellungen	<u>77.796,11</u>	87.069,54	<u>60.857,35</u>
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>		435.388,23	51.243,84				<u>70.130,78</u>
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		106.385,83	7.747,77	<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>			
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.335,42		12.670,83
				(davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr: EUR 27.335,42; Vorjahr: TEUR 13)			
				2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	169.563,74		0,00
				(davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr: EUR 169.563,74; Vorjahr: TEUR 0)			
				3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>8.319,29</u>		<u>20.413,40</u>
				(davon aus Steuern: EUR 7.895,29; Vorjahr TEUR 12)		205.218,45	<u>33.084,23</u>
				(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00; Vorjahr TEUR 0)			
				(davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr: EUR 8.319,29; Vorjahr TEUR 20)			
				<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		271.737,11	23.955,97
		<u>659.983,68</u>	<u>204.541,36</u>			<u>659.983,68</u>	<u>204.541,36</u>

## Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	EUR	2022 EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse		1.212.751,68	1.743.542,74
2. Sonstige betriebliche Erträge		28.336,39	11.018,25
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogenen Waren	-254.495,87		-726.569,77
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	<u>-4.408,10</u>		<u>-1.098,88</u>
		-258.903,97	-727.668,65
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-595.609,98		-657.337,25
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>-115.762,91</u>		<u>-139.546,37</u>
(davon für Altersversorgung: EUR 5.359,89; Vorjahr: TEUR 7)		-711.372,89	-796.883,62
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-7.991,22	-11.113,93
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-235.268,34	-198.631,17
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-2,83	-104,00
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-8.932,62</u>	<u>-6.494,80</u>
9. Ergebnis nach Steuern		<u>18.616,20</u>	<u>13.664,82</u>
10. Sonstige Steuern		<u>-28,00</u>	<u>-28,00</u>
11. Jahresüberschuss		<u><u>18.588,20</u></u>	<u><u>13.636,82</u></u>



## **Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH**

### **Anhang für das Geschäftsjahr 2022**

#### **Allgemeine Hinweise**

Die Gesellschaft ist im Handelsregister Hamburg unter HRB 150877 eingetragen. Der Jahresabschluss der Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH wurde auf der Grundlage der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften gemäß §§ 242 ff. und § 264 ff. HGB aufgestellt.

Nach den in § 267 Abs. 1 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine Kleine Kapitalgesellschaft. Gemäß § 65 Abs. 1 Nr. 4 LHO in Verbindung mit § 17 des Gesellschaftsvertrags sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden.

Von der größenabhängigen Erleichterungen bezüglich der Form der Darstellung wurde Gebrauch gemacht.

Bei der Gewinnermittlung kommt das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen** sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, wurde der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt. Soweit erforderlich, wurde der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nominalbetrag bewertet.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

## **Erläuterungen zur Bilanz**

### **Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagenvermögens ist im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

### **Kapitalanteile**

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 25.000,00 und ist in voller Höhe eingezahlt worden. Das Stammkapital entfällt jeweils zu 50 %, mithin in Höhe von EUR 12.500 auf die Gesellschafterin Freie und Hansestadt Hamburg sowie den Logistik Initiative Hamburg e. V..

### **Rückstellungen**

Die Steuerrückstellungen betreffen ausschließlich Altjahre und werden in unveränderter Höhe zum Vorjahr fortgeführt.

Die Rückstellung für Personalkosten umfasst im Wesentlichen eine Rückstellung für Urlaub, Überstunden sowie eine Bonusrückstellung für 2022.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Aufwendungen für Leistungen, die bereits erbracht wurden, für die jedoch noch keine Rechnungen vorliegen. Ferner besteht in Höhe von EUR 2.655 unverändert eine Rückstellung gegenüber der VBG für 2021. Ein finaler Bescheid für 2021 liegt nicht vor.

Die Rückstellung für Abschluss und Prüfungskosten umfasst die Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses 2022 in Höhe von EUR 2.500 sowie die Prüfung des Abschlusses in Höhe von EUR 3.500.

## **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Umsatzerlöse (EUR 1,2 Mio.) entfallen auf Institutionelle Förderungen (TEUR 500), Förderungen Land (TEUR 22), Förderungen Bund (TEUR 73), Förderungen EU (TEUR 79), Erlöse aus Geschäftsbesorgung (TEUR 210) sowie sonstige privatwirtschaftliche Erlöse (TEUR 324).

### **Sonstige Angaben**

### **Haftungsverhältnisse**

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251 und 268 Abs. 7 HGB.

## **Geschäftsführung**

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Frau Carmen Schmidt, Kauffrau

Der Geschäftsführerin wurden weder Vorschüsse und Kredite gewährt, noch sind zu ihren Gunsten Haftungsverhältnisse eingegangen worden.

## **Zusammensetzung des Aufsichtsrates**

Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Prof. Dr. Peer Witten, Vorsitzender bis Juni 2022 – Mitglied des Aufsichtsrates der Otto-Group;
- Lutz Birke, Vorsitzender seit Juni 2022 – Leiter des Amtes I „Hafen und Innovation“ der Behörde für Wirtschaft und Innovation;
- Kerstin Wendt-Heinrich, stellvertretende Vorsitzende – Geschäftsführerin der TOP Mehrwert-Logistik GmbH & Co. KG;
- Dr. Wibke Mellwig – Leiterin Amt 4 (Hamburgweite Dienste und Organisation), Finanzbehörde;
- Manuela Herbort – Konzernbevollmächtigte Deutsche Bahn AG;
- Holger Schneemann - Head of Global Sales DHL Freight GmbH;
- Dr. Tina Wagner – Leiterin der Abteilung Verkehrsentwicklung Behörde für Verkehr und Mobilitätswende.

## **Arbeitnehmer**

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer beträgt im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 13 Mitarbeiter (davon weiblich 9):

- 1 Geschäftsführerin
- 10 Kaufmännische Angestellte (davon 9 Frauen)
- 3 Werkstudierende bzw. Dual Studierende

Davon Teilzeitbeschäftigte: 6

Davon Werkstudierende: 3 (davon 2 im dualen Studium)

Davon Auszubildene: 0

Davon Schwerbehinderte: 0

### **Geschäftsführervergütung**

Die im Geschäftsjahr ausgewiesene Vergütung für die Geschäftsführerin setzt sich wie folgt zusammen:

Erfolgsunabhängige Komponenten: EUR 102.800

Sachbezüge: EUR 4.258

Erfolgsbezogene Komponente: EUR 19.275

### **Angaben zum Abschlussprüferhonorar**

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Honorar betrifft ausschließlich Abschlussprüferleistungen in Höhe von TEUR 3,5.

### **HCGK**

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex abgegeben und öffentlich zugänglich gemacht.

### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres lagen mit Ausnahme der weiterhin bestehenden Ukraine-Krise nicht vor. Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf den Geschäftsstellenbetrieb der Logistik Initiative wird fortlaufend analysiert.

## **Ergebnisverwendung**

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 18.588,20 erwirtschaftet. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den Jahresüberschuss in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Hamburg, den 30. März 2023

gez.  
Carmen Schmidt

## Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH

## Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2022

	<u>Anschaffungs-/Herstellungskosten</u>				<u>Abschreibungen</u>				<u>Buchwerte</u>	
	1.1.2022 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2022 EUR	1.1.2022 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
<b>Sachanlagen</b>										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.055,55	4.636,22	0,00	32.691,77	22.516,55	7.991,22	0,00	30.507,77	2.184,00	5.539,00
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<u>28.055,55</u>	<u>4.636,22</u>	<u>0,00</u>	<u>32.691,77</u>	<u>22.516,55</u>	<u>7.991,22</u>	<u>0,00</u>	<u>30.507,77</u>	<u>2.184,00</u>	<u>5.539,00</u>

## Lagebericht 2022 der Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH

### I. Grundlagen der Gesellschaft

Die Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH (LIHH Management GmbH) ist eine von der Freien und Hansestadt Hamburg (vertreten durch die Behörde für Wirtschaft und Innovation, BWI) sowie dem Logistik-Initiative Hamburg e.V. (LIHH e.V.) getragene Gesellschaft. Beide Gesellschafter halten jeweils 50 % der Anteile. Geschäftsführerin der LIHH Management GmbH ist seit Juli 2018 Carmen Schmidt.

Die LIHH Management GmbH hat die Aufgabe, das operative Cluster- und Netzwerkmanagement für die Logistikbranche in der Metropolregion Hamburg durchzuführen und somit als ausführende Geschäftsstelle tätig zu sein. Zwischen dem LIHH e.V. und der LIHH Management GmbH besteht seit 2018 ein Geschäftsbesorgungsvertrag, der beinhaltet, dass die LIHH Management GmbH die Geschäftsstelle des LIHH e.V. betreibt und Aktivitäten für die Vereinsmitglieder (mit Vergünstigungen gegenüber vereinsexternen Nutzern) anbietet. Zudem erhält die LIHH Management GmbH eine Zuwendung der BWI als Festbetragsfinanzierung.

Übergeordnetes Ziel der LIHH Management GmbH ist es, mit ihren Aktivitäten signifikant zur Etablierung Hamburgs als führende innovative Logistikregion beizutragen und damit die Freie und Hansestadt Hamburg als eine europäische Innovationsmetropole zu etablieren.

Die LIHH Management GmbH schafft als Katalysator, Initiator, Betreiber und Manager von Innovationsprojekten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene Wertschöpfung für das Logistik-Netzwerk und damit für die Metropolregion Hamburg. Diese Funktion ist als Leitlinie „Innovation und Wertschöpfung“ in der Strategie der LIHH Management GmbH festgehalten.

Die Leitlinie „Netzwerk und Kooperation“ unterstreicht das Selbstverständnis der LIHH Management GmbH ein innovatives Netzwerk zu sein, das frühzeitig proaktiv Themen aufnimmt, die Diskussion von Sachverhalten moderiert, die Qualität der Kooperation der Mitglieder untereinander steigert und die Mitglieder zur erfolgreichen Durchführung gemeinsamer Maßnahmen mobilisiert.

Im Handlungsfeld „Intelligente Infrastruktur“ unterstützt und begleitet die LIHH Management GmbH die Entwicklung von Konzepten zur intelligenten Nutzung von Infrastrukturen durch Verkehrssteuerung und -management. Neue Immobilien- und Flächenkonzepte befördern die wirtschaftliche Entwicklung in der Metropolregion.

In einem weiteren Handlungsfeld mit der Bezeichnung „Personal und Qualifizierung“ wird die Sicherung und der Ausbau der Fachkräftebasis für die Logistikwirtschaft in der Metropolregion Hamburg, insbesondere unter der Berücksichtigung des demographischen Wandels und der digitalen Transformation, von der LIHH Management GmbH vorangetrieben. Die LIHH Management GmbH zeigt Möglichkeiten auf, wie Arbeitgeber ein attraktives Umfeld schaffen und damit zu einem positiven Image der Logistik beitragen.

Im dritten und letzten Handlungsfeld „Nachhaltigkeit“ initiiert und treibt die LIHH Management GmbH Projekte voran, die eine nachhaltigere Logistik im Sinne der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit in der Metropolregion Hamburg fördern.

Das Netzwerk wurde 2022 zum wiederholten Male von der EU mit dem GOLD-Label „Cluster Management Excellence“ ausgezeichnet.

Im Aufsichtsrat gab es folgende Veränderungen: Lutz Birke (BWI) übernahm im Mai 2022 den AR-Vorsitz von Prof. Peer Witten, der sein Mandat im Anschluss niederlegte. Seitens des LIHH e.V.

wurde die Vorsitzende Kerstin Wendt-Heinrich als Nachbesetzung in den Aufsichtsrat berufen, der sie zur stellv. AR-Vorsitzenden wählte.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### 1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

#### a. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung<sup>1</sup>

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug das Wirtschaftswachstum 2,0 %. Dabei war die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine wie den extremen Energiepreiserhöhungen. Dazu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise, der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende COVID 19-Pandemie. Trotzdem konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 insgesamt um 1,8 % gegenüber dem Jahr 2021. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Gastgewerbe sorgten für ein kräftiges Plus im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+4,0 %). Die Bruttowertschöpfung im Handel ging dagegen zurück, nachdem sie im Vorjahr noch gestiegen war. Der Bereich Information und Kommunikation knüpfte an seine langjährige, nur im ersten Corona-Jahr 2020 gebremste Wachstumsgeschichte an und verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+3,6 %).

#### b. Wirtschaftsentwicklung der Logistik in Deutschland und Hamburg<sup>2</sup>

Die Geschäftslage des Jahres 2022 bewerten die Transport- und Logistikunternehmen insgesamt stabil und positiv – Hamburg schneidet in der Bewertung gegenüber dem Bund deutlich besser ab. Rückblickend für 2022 geben zwei Drittel der hanseatischen Befragten an, dass sich die Geschäftslage im Vergleich zum Vorjahr verbessert hat. Bundesweit stimmt dem nur etwa jeder Vierte zu. Aus diesem hohen Niveau fallen die Erwartungen an das aktuelle Geschäftsjahr 2023 in Hamburg eher verhaltener aus. Ein Viertel der Unternehmen schauen positiv auf das angefangene Geschäftsjahr. Allerdings sind auch über die Hälfte der Unternehmen davon überzeugt, dass die Geschäftslage in 2023 gegenüber dem Vorjahr stabil bleibt.

Dass die Entwicklung so positiv gelaufen ist, ist aufgrund der angegebenen Kostenentwicklung in 2022 erstaunlich. Fast 90 % der befragten Unternehmen in Hamburg verzeichneten steigende Kosten. Der Trend wird auch weiter anhalten, denn immer noch 78 % der Unternehmen sehen steigende Kosten in 2023 auf sie zukommen. Die positive Gesamtentwicklung ist wohl darauf zurückzuführen, dass 17 % der Befragten die Kosten ganz bzw. 45 % die Kosten zum größten Teil an ihre Kunden weitergeben konnten. Insgesamt sind die Preise sowohl national als auch in Hamburg in über 70 % der Unternehmen gestiegen. Auch die Investitionsfreude ist ungebrochen. Nur wenige Unternehmen haben im vergangenen Jahr weniger investiert als im Vorjahr (8 %). Auch im neuen Geschäftsjahr sind bei über 70 % der Hamburger Logistikunternehmen steigende oder zumindest gleichbleibende Investitionen geplant. Die Priorität der Investitionen liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und IT-Infrastruktur (inkl. IT-Security). Aber auch Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Logistik stehen weit oben auf der Investitionsliste.

Trotz anhaltendem Mangel an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt konnten laut Auskunft der Befragten in Hamburg 2022 knapp die Hälfte (45 %) der befragten Transport- und Logistikunter-

<sup>1</sup> vgl. Pressemitteilung Nr. 020 vom 13. Januar 2023; Statistisches Bundesamt (Destatis)

<sup>2</sup> vgl. SCI/Logistikbarometer 2022/2023 und LIHH e.V.-Mitgliederbefragung 02/2023



nehmen die Beschäftigtenzahl steigern (Bund: 69 %) und erfüllen damit die Erwartungen aus dem Vorjahr. Ein Großteil der Unternehmen beider Vergleichsgruppen plant auch weiterhin mit wachsenden Mitarbeiterzahlen (Bund: 30 %, Hamburg 42 %).

## 2. Geschäftsaktivitäten im Jahr 2022

Im vergangenen Geschäftsjahr gab es aufgrund der vierten Corona-Welle erneut Einschränkungen bis in den Frühling des Jahres 2022. Bis einschließlich April hatten die Beschränkungen damit auch Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der LIHH. Auch wenn unter den Sicherheitsauflagen 2G und 2Gplus einige Aktivitäten möglich waren, waren Unternehmen weiterhin grundsätzlich sehr verhalten bei der Erlaubnis von Teilnahmen an Präsenzterminen oder untersagen dies komplett. Als zusätzliche Herausforderung für Unternehmen kam der Angriffskrieg auf die Ukraine hinzu. Durch Lieferkettenschwierigkeiten und steigende Energiepreise wurden Kapazitäten in den Unternehmen zusätzlich gebunden.

Im LIHH e.V. waren zum 01.01.2022 482 Mitglieder zu verzeichnen und es konnten im Laufe des Jahres 28 Mitglieder gewonnen werden, so dass zum 31.12.2022 eine Anzahl von 510 Mitgliedern erreicht wurde. Dies ist ein gutes Ergebnis, da durch den Wegfall von eigenen Präsenzveranstaltungen sowie Messen und Kongressen als wichtige Werbepattformen die Ansprache von potentiellen Neumitgliedern weiterhin erschwert wurde. Die Zahl der Kündigungen konnte ggü. dem Vorjahr reduziert werden (19 Kündigungen / Niveau weiterhin hoch). Dadurch startet der LIHH e.V. zum Jahresbeginn 2023 wieder mit dem Vorjahrswert von 491 Mitgliedern.

Derweil arbeitete das Team der LIHH Management GmbH kontinuierlich daran, den internen Strategieprozess auf operativer Ebene zu festigen, im Arbeitsalltag zu verankern und umzusetzen. Allerdings war die Geschäftsstelle stark eingeschränkt durch den hohen Ausfall an Arbeitstagen bei den Mitarbeitenden, was die personellen Ressourcen stark reduzierte (286 Fehltag, davon 256 Krankheits- und 16 Kurtage sowie 14 Tage Kind krank).

Nichtsdestotrotz konnte die LIHH Management GmbH wieder das europäische Qualitätssiegel „Gold-Label für exzellentes Clustermanagement“ erhalten. Um sich für das GOLD Label zu qualifizieren, werden in einem Audit 31 Qualitätsindikatoren hinsichtlich ihres „Exzellenz-Niveaus“ in den Bereichen Organisationsstruktur, Clustermanagement, Finanzierung, Strategie, Leistungsportfolio und Netzwerkzusammensetzung bewertet und geprüft.

Positiv auf die Kapazitätsengpässe wirkte sich die neu eingerichtete Stelle „Projektmanagement Wirtschaftsverkehr und Logistik“ seit Oktober 2022 aus, da die Themen rund um die letzte Meile nun mit der „Anlaufstelle Urbane Logistik“ unterstützt und verstetigt wird.

### a. Ausgewählte laufende Projekte:

#### Neu: MOLO hubs (Seed-Money)

Es wurde ein Antrag auf Vorlauffinanzierung („Seed-Money“) für die Koordination eines Interreg NSR-Antrags mit der LIHH Management GmbH als Leadpartner beim BBSR gestellt und bewilligt. Damit koordiniert die LIHH Management GmbH erstmalig als Leadpartner ein europäisches Konsortium für eine Antragstellung. Ziel des Projektvorhabens ist die Umsetzung von Piloten zur innovativen Verknüpfung von logistischen Versorgungsfunktionen mit (Shared Mobility Hubs), in Hamburg.

#### NEU: Anlaufstelle Urbane Logistik

Die zentrale Anlaufstelle soll allen Akteuren der Urbanen und Letzten Meile Logistik als erster Kontaktpunkt für städtische Logistik und Lieferverkehr dienen. Hervorgehend aus dem Projekt SMILE und der Senatsdrucksache „Urbane Logistik Hamburg – Strategie für die Letzte Meile“ sollen

aktuelle Themen und Projekte im Rahmen eines Arbeitskreises gemeinsam mit Vertretern u.a. der Behörden, Bezirke, der Wirtschaft und Verbände erarbeitet werden.

#### NEU: DECARBOMILE

Hauptziel von DECARBOMILE ist die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen und die Demonstration einer entkarbonisierten Logistik auf der letzten Meile in vier Living Labs. Hamburg ist mit einem Piloten für wassergebundene Transporte zwischen Billbrook und Innenstadt dabei. Die LIHH Management GmbH koordiniert das Living Lab und die Hamburger Akteure.

#### Vernetzung von Transportsystemen (VevoTraS):

Das Projekt baut auf den vorhandenen Transportsystemen der Dienstleister im Verkehrs-, Logistik- und Transportbereich auf. Die für die innerstädtische Infrastruktur ungünstigen Silo-Strategien der Einzelunternehmen sollen geöffnet, Kooperationen aufgebaut und durch die Unterstützung einer digitalisierten Netzwerkinfrastruktur eine effizientere und umweltgerechtere Logistik durch die gemeinsame Glättung und Entzerrung der Verkehrsspitzen erreicht werden. Ein wichtiges Ziel ist die branchenübergreifende Bereitstellung, Erfassung und Verknüpfung aller freien Daten des gesamten Verkehrs- und Transportbereichs für eine intelligente Nutzung von Echtzeitdaten und der algorithmischen Analyse historischer Daten, um die koordinierten Tourenplanungen nachhaltiger zu optimieren. Der Verkehr wird insgesamt entlastet. Die Wirtschaftsverkehre werden über die Tageslinien verteilt und durch eine intelligente Tourendisposition ersetzt. Aufgrund der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen und der fehlenden Beteiligungsbereitschaft seitens der Unternehmen, wurde im August 2022 der Projektträger darüber informiert, dass die LIHH das Projekt vorzeitig beendet hat. Im März 2023 bestätigte der Projektträger das vorzeitige Maßnahmenende des Projektes mit einem entsprechenden Änderungsbescheid.

#### INTERREG AVATAR

Mit „AVATAR“ (Sustainable urban freight transport with autonomous zero-emission vessels) entwickelt, erprobt und bewertet das Konsortium Technologien und Geschäftsmodelle für autonome emissionsfreie Binnenschiffe auf städtischen Kanälen, um Güter nachhaltig auf der letzten Meile zu verteilen. Aktuell arbeitet die LIHH Management GmbH an zwei projektbezogenen Studien.

#### Projekt EPICENTER

Das Horizon 2020-Projekt ePcenter vereint 36 Partner (Hafenbehörden, Logistikdienstleister, Hersteller, akademische Einrichtungen, Technologiepartner, ...) in ganz Europa und darüber hinaus, um KI-gesteuerte Logistiksoftwarelösungen, neue Transporttechnologien und unterstützende Methoden zu entwickeln und zu testen, um die Effizienz globaler Lieferketten zu steigern und deren Umweltauswirkungen zu reduzieren. Derzeit arbeitet das Konsortium an autonomen Fahrzeugen, modularen Containern und KI-gestützten Algorithmen zur Treibstoffeffizienz. Involviert sind unter anderem fünf europäische Hafenstädte mit ihren Innovationsökosystemen – in Hamburg der Digital Hub Logistics. Die LIHH Management GmbH vernetzt darüber hinaus international zu zukunftsweisenden Start-ups und wirkt an zwei Studien mit.

#### MEDIFLY 2.0

Im Vorhaben werden Verfahren zur Integration von UAS (Unmanned Aircraft System – unbemanntes Flugsystem)-Anwendungen außerhalb der Sichtweite des Steuerers im urbanen Luftraum innerhalb der Kontrollzone des Hamburger Flughafens zum Zwecke des Regelbetriebs erarbeitet. Die Verfahren sollen repräsentativ durch regelmäßig wiederkehrende UAS-Lufttransporte zwischen zwei Krankenhäusern in einem sechsmonatigen Testbetrieb validiert werden. Dabei soll die sichere Integration von skalierbaren, automatisierten UAS-Anwendungen außerhalb der Sichtweite des Steuerers in den urbanen Luftraum und innerhalb der Kontrollzone im Regelbetrieb ausgearbeitet werden.

#### AUTOBarge

Das Projekt „AUTOBarge“ etabliert ein europäisches Ausbildungs- und Forschungsnetzwerk zu autonomen Binnenschiffen. Dafür entstehen 15 Stellen für Doktorandinnen und Doktoranden, die

interdisziplinär und europäisch vernetzt gemeinsam forschen. Die LIHH Management GmbH ermöglichte über das Hamburger Logistik-Professorium die Teilnahme der Universität Hamburg. Die zehn Anwendungspartner, darunter auch die LIHH Management GmbH, bieten außerdem Praktika und einen regelmäßigen Austausch, um den Wissenstransfer in die Praxis zu befördern. Ab Ende 2022 bindet die LIHH so zwei Doktoranden in Projekte zur autonomen Binnenschifffahrt ein.

b. Ausgewählte Aktivitäten:

Eyes on Innovation: Wasserstoff

Im Mai 2022 fand zum zweiten Mal die Wasserstoff-Konferenz „Anwendung von Wasserstoff in Hamburgs Industrieclustern“ statt. Veranstalter waren neben der LIHH Management GmbH die Hamburger Industrie-Cluster Hamburg Aviation, Hamburg Cruise Net, Maritimes Cluster Norddeutschland und Erneuerbare Energien. Konkret sollen Anwendungen von Wasserstoff in den einzelnen Branchen vorgestellt werden.

focus:on

Auch in 2022 fanden wieder Veranstaltung unter dem Branding „focus:on“ statt. Besondere Nachfrage hatte die Online-Veranstaltung im September zum Thema „Was bedeutet der Notfallplan Gas für Hamburgs Logistik?“. Mitglieder bekamen Einblicke und informierten sich über Handlungsoptionen und Rollenverteilung bei einer möglichen Gasmangellage.

Bahnkonferenzen

Gleich zwei Mal organisierte die LIHH Management GmbH, gemeinsam mit dem Hafen Hamburg Marketing e.V., die auf Initiative des Arbeitskreises Schiene entstandene alljährliche Bahnkonferenz zu Themen rund um Schienengüterverkehr und Seehäfen. Im März musste die Konferenz noch Online durchgeführt werden, bevor diese im Dezember 2022 dann in Präsenz in Bremen tagte.

Hamburgs Logistik pflanzt Zukunft

Mit der Pflanzaktion setzt die Logistik das Signal, dass Nachhaltigkeit auch in der Logistikbranche ein wichtiges Thema ist. Im Rahmen der Netzwerkaktion „Hamburgs Logistik pflanzt Zukunft“ wurden im Forst Klövensteen 2700 Bäume gepflanzt.

Zukunft entern!

Unter dem Motto „Zukunft entern“ haben die beiden Hamburger Wirtschaftscluster LIHH Management GmbH und Maritimes Cluster Norddeutschland (MCN) an zwei Terminen Ende 2022 junge Menschen dazu eingeladen, sich über aktuelle Karrieremöglichkeiten zu informieren und einen Blick in die Arbeitswelt der Zukunft zu werfen.

HANSE LOUNGE

Die HANSE LOUNGE hat sich seit Jahren als einzigartiger norddeutscher Treff auf dem Deutschen Logistik-Kongress etabliert und zusammen mit Unternehmen, Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen freuten wir uns, dass die Lounge auch in diesem Jahr als zentrale Anlaufstelle einen großen Zuspruch erfahren hat. In neuem Design bot die von der LIHH Management GmbH organisierte HANSE LOUNGE den Partnern und ihren Gästen viel Raum für Gespräche. Mit ihren 15 Partnern brachte die Lounge zahlreiche unterschiedlichste Akteure der Supply Chain zusammen.

Baumpflanzaktion

Gemeinsam mit dem Digital Hub Logistics, der Klimapatenschaft und vielen Mitgliedern setzte das Team der LIHH Management GmbH im Herbst bei der Netzwerkaktion „Hamburgs Logistik pflanzt Zukunft“ im Forst Klövensteen insgesamt 2.700 junge Bäume. Bei strahlendem Sonnenschein griffen 170 Freiwillige zum Spaten, um bei der wichtigen Umstrukturierung vom Mono- zum Mischwald anzupacken. Die nächste Waldaktion der LIHH Management GmbH ist bereits für November 2023 fest eingeplant.

### Sommerfest und Weihnachtsmarkt

Am 25.08.2022 fand mit dem 14. Logistik-Sommerfest nach 2 Jahren Corona-Pause wieder das von der LIHH Management GmbH ausgerichtete Netzwerkevent der Branche statt. Ebenso konnte am 30.11.2022 im Hamburger Stadtpark wieder der maritime Weihnachtsmarkt stattfinden, der zum zweiten Mal in Kooperation mit Hamburg Cruise Net, Hafen Hamburg Marketing und dem Verband Hamburger und Bremer durchgeführt wurde.

Weitere Informationen über die o. g. und weitere Projekte und Aktivitäten sind ab Mai 2023 im neuem Logistik-Report 2022/2023 verfügbar (<https://www.hamburg-logistik.net/logistik-report/>)

### 3. Geschäftsergebnis, Finanz- und Vermögenslage 2022

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresergebnis von 18.588 € ab. Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum 1.241 T€. Dieser Lagebericht ist Teil des Berichts über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 vom beauftragten Steuerbüro Gawer & Stein Steuerberatungsgesellschaft mbH.

	2022 PLAN €	2022 IST €
<b>Erträge</b>		
Institutionelle Förderung BWVI	500.000	500.000
sonstige Fördermittel	263.654	174.914
Mitgliedsbeiträge	210.000	210.000
sonstige Privatmittel	337.474	356.174
<b>Summe Erträge</b>	<b>1.311.128</b>	<b>1.241.088</b>
<b>Aufwendungen</b>		
Personal	710.564	711.373
Sonstige Aufwendungen	590.208	502.195
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>1.300.772</b>	<b>1.213.568</b>
<i>Betriebsergebnis</i>	<i>10.356</i>	<i>27.520</i>
Neutraler Ertrag	0	0
<i>Ergebnis vor Steuern</i>	<i>10.356</i>	<i>27.520</i>
Steuern Eink. u. Ertr.	0	8.932
<b>Ergebnis</b>	<b>10.356</b>	<b>18.588</b>

#### Erträge

In Summe fallen die Erträge zum Jahresende geringer aus als die geplanten Erträge für 2022. Dies ist vor allem aufgrund der nicht abgerufenen bzw. in Anspruch genommenen Fördermittel begründet. Den größten Anteil daran hat das Projekt VeVoTras (ca. -41,3 T€ unter Plan), welches seitens der LIHH Management GmbH vorzeitig abgebrochen wurde. Zudem konnte das Projekt „medifly“ nicht wie geplant mit dem Drohnenbetrieb in 2022 starten und die Projektmittel mussten kostenneutral beim Projektträger ins Jahr 2023 verschoben werden (ca. -38,6 T€ unter Plan).

#### Aufwendungen

Parallel zu den verminderten Erträgen sind auch die Aufwendungen unter den geplanten Werten geblieben. Dies resultiert vor allem aus der Summe der sonstigen Aufwendungen (-88,0 T€). Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die meisten Veranstaltungen, Messen und damit verbundene Reiseaktivitäten nicht wie geplant stattfinden.

#### Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 aufgrund der verfügbaren liquiden Mittel gesichert.

#### 4. Personalbereich

Im Jahr 2022 gab es einige Veränderungen in der personellen Besetzung der Geschäftsstelle der LIHH Management GmbH:

- Seit Mai 2022 ist der Junior-Projektmanager Nachhaltigkeit & Infrastruktur in Elternzeit.
- Die Projektmanagerin für den Bereich Nachhaltigkeit ist seit Mai aus der Elternzeit zurück und arbeitet 30 Stunden (anstatt 40 Stunden).
- Zum 01. Oktober hat die Projektmanagerin Wirtschaftsverkehr und Logistik mit einer Wochenarbeitszeit in Höhe von 30 Stunden angefangen und arbeitet zu 100% in ihrer Funktion als „Anlaufstelle Letzte Meile“ bis zum aktuellen Bewilligungszeitraum der BWI-Zuwendung 2023.

Damit setzt sich das Personal der LIHH Management GmbH wie folgt zusammen (Stand 31.12.2022):

Beschäftigte <sup>3</sup> insgesamt	14
davon weiblich	9
davon Teilzeitbeschäftigte	6
davon weiblich	5
davon Werkstudierende	2
davon Auszubildende / Duale Studierende	2
davon Schwerbehinderte	0
Eingruppierungen in Anlehnung an TV-AVH	
EG 2	1
EG 9	1
EG 10	4
EG 12	5
Außerhalb EG	1
Auszubildende / Duale Studierende	2

Zum 01.10.2022 ist die LIHH Management GmbH als Gastmitglied in die Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg (AVH) eingetreten. Ab Frühjahr 2023 ist eine Vollmitgliedschaft der LIHH Management GmbH beim TV-AVH eingeplant. Die LIHH Management GmbH richtet sich im Gehalt und bei den Sonderzahlungen nach dem TV-AVH. Auch die tariflichen Erhöhungen wurden in 2022 entsprechend dem TV-AVH berücksichtigt.

Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten in der Übergangsphase, anstatt der tariflich vorgesehenen Sonderzahlung im November, neben einer festen Vergütung eine variable Vergütung je nach Erreichen von vorher festgelegten Zielen 2022. Die Leistung und Zielvereinbarung der Mitarbeitenden wurden zum Jahresanfang 2023 durch die Geschäftsführung überprüft.

#### 5. Vergütungsbericht für die Geschäftsführung

Die Geschäftsführerin erhält eine erfolgsunabhängige feste Vergütung in Höhe von 102,8 T€ und Sachbezüge (Dienstwagen) in Höhe von 4,3 T€. Für die erfolgsabhängige Vergütung (vertrags-

<sup>3</sup> ohne Geschäftsführung

gemäß max. 25,7 T€ p.a.) wird vom Aufsichtsrat vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Geschäftsführerin beschlossen. Der Aufsichtsratsbeschluss zur Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung 2022 steht noch aus. Es wurde für die erfolgsabhängige Vergütung 2022 eine Rückstellung in Höhe von 19.275 € gebildet.

### III. Prognose, Chancen und Risikobericht

#### 1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In der LIHH Management GmbH erfolgen aufgrund des Umfangs der Gesellschaft die wesentlichen Elemente des Risikofrüherkennungssystems durch die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat.

Die durch COVID-19 verursachten negative Einflüsse werden sich weiter abschwächen. Allerdings sind mit dem Ukraine-Krieg und der damit einhergehenden Energiekrise neue Unsicherheiten zu verzeichnen, die die Branche stark beeinflussen. Zudem halten die Schwierigkeiten in den globalen Lieferketten an. Es wird daher eher von einer Stagnation bei den Mitgliederzahlen im LIHH e.V. 2023 ausgegangen und ggf. wird es Beitragsausfälle aufgrund von Insolvenzen oder Fusionen geben.

Die Innovationsthemen könnten auf Unternehmensseite aufgrund der aktuellen Herausforderungen in den logistischen Wertschöpfungsketten an Bedeutung verlieren. Auch besteht die Möglichkeit, dass keine Kapazitäten für Netzwerkaktivitäten zur Verfügung stehen.

Das Team der Geschäftsstelle arbeitet zu 60 % vom Büro und zu 40 % von zu Hause aus. Die Geschäftsstelle hatte in 2022 überproportional hohe Personalausfälle. Falls diese in 2023 fortbestehen, kann der Personalengpass die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems verringern. Zudem kann der ungewisse Ausgang der Tarifverhandlungen 2023 zu nicht zu kompensierenden Mehrkosten führen, die die Leistungsfähigkeit der Geschäftsstelle reduzieren.

#### 2. Prognosebericht und Ausblick

Aufgrund des Umstandes, dass in der LIHH Management GmbH keine höheren Investitionen geplant sind, wurde auf die separate Aufstellung eines Investitions- und Finanzplans sowie auf eine Planbilanz für 2023 verzichtet. Nachfolgend die Plan-GuV für das kommende Geschäftsjahr.

	2022	PLAN 2023
<b>Erträge</b>		
Institutionelle Förderung BWVI	500.000	500.000
sonstige Fördermittel	174.914	408.809
Mitgliedsbeiträge	210.000	212.000
sonstige Privatmittel	356.174	722.480
<b>Summe Erträge</b>	<b>1.241.088</b>	<b>1.843.289</b>
<b>Aufwendungen</b>		
Personal	711.373	880.913
Sonstige Kosten	502.195	959.331
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>1.213.568</b>	<b>1.840.244</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>27.520</b>	<b>3.045</b>
Neutraler Ertrag	0	0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>27.520</b>	<b>3.045</b>
Steuern Eink. u. Ertr.	8.932	0
<b>Ergebnis</b>	<b>18.588</b>	<b>3.045</b>

Die Steigerung der Einnahmen resultiert vor allem aus den geplanten Einnahmen für die Organisation und die Durchführung des Gemeinschaftsstandes auf der tl München (+ 350.000 €). Zudem sind in 2023 wieder zusätzliche Aktivitäten in Präsenz geplant. Darunter fallen

Veranstaltungen wie die Ausrichtung der Bahnkonferenz in Hamburg (+ 8.750 €) oder der Wissenschaftstag in Kombination mit dem Young Professionals' Award Logistics (+ 20.000 €). Entsprechend der erläuterten Einnahmenentwicklung und damit verbundenen Aktivitäten fallen die sonstigen Kosten entsprechend höher aus als im Vorjahr. Die Erhöhung der Personalkosten entspricht der Personalplanung mit zwei neuen Stellen in 2023 sowie einer geschätzten Tarifierhöhung von + 7 %.

Im Ergebnis wird mit einem positiven Abschluss geplant.

Hamburg, den 31.03.2023

gez.  
Carmen Schmidt  
Geschäftsführerin  
Logistik-Initiative Hamburg Management GmbH

---

**Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der  
Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse  
nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz**

**Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation**

**Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung  
sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäfts-anweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat, der auch die Überwachungsfunktion wahrnimmt und die Gesellschafterversammlung.

Es existiert eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für die Geschäftsführung.

Die Regelungen entsprechen nach unseren Feststellungen den Bedürfnissen der Gesellschaft.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fanden drei ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Über die Sitzungen wurden Niederschriften erstellt, die uns vorgelegen haben.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Auskunftsgemäß besteht keine derartige Mitgliedschaft der Geschäftsführerin.



- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Eine Offenlegung der Bezüge ist nicht notwendig, da es sich um keine Mehrheitsbeteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg handelt. Die Angabe wurde jedoch freiwillig im Anhang gemacht.

### **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsinstrumentariums**

#### **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die Gesellschaft verfügt über einen den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten ersichtlich sind.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Grundsätzlich dient das Vier-Augen-Prinzip der Korruptionsprävention, zusätzlich müssen sich die Mitarbeiter laut Arbeitsvertrag an den Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) halten.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Die Gesellschaft hält sich an das Hamburgische Vergabegesetz. Andere Managemententscheidungen wie Personalwesen liegen - aufgrund der Größe des Unternehmens und der flachen Hierarchiestruktur - ausschließlich bei der Geschäftsführung bzw. über die Geschäftsführeranweisung in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Soweit im Rahmen der Prüfung erkennbar, werden Verträge ordnungsgemäß dokumentiert.

### **Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling**

- a) **Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Aufgrund der Größe der Gesellschaft wird für jedes Geschäftsjahr lediglich ein Wirtschaftsplan, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, aufgestellt und vom Aufsichtsrat genehmigt. Weiterhin wird dem Aufsichtsrat von der Geschäftsführung eine mittelfristige Finanzplanung zur Kenntnis vorgelegt.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden systematisch untersucht und ausgewertet. Hierzu werden monatliche Controlling Berichte herangezogen.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht den besonderen Bedürfnissen der Größe und Anforderungen der Gesellschaft.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es besteht eine laufende Liquiditätskontrolle, Kredite sind aktuell nicht existent.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management besteht aufgrund der Größe der Gesellschaft nicht.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Entgelte nicht vollständig oder nicht zeitnah in Rechnung gestellt und nicht zeitnah eingezogen wurden.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Das Controlling entspricht den Anforderungen der Gesellschaft.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Es existieren keine Beteiligungen.

#### **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Es existiert ein der Gesellschaft entsprechend ein angemessenes Risikomanagementsystem, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden. Zudem erfolgt das Controlling über Quartalsberichte an den Aufsichtsrat bzw. durch regelmäßige Überwachung durch die Geschäftsführung.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die Maßnahmen scheinen für die Größe der Gesellschaft angemessen.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Eine ausreichende Dokumentation der Maßnahmen ist erfolgt.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Entfällt aufgrund der Größe der Gesellschaft.

#### **Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?

- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
  - Sind Hedge-Strategien beschrieben, z. B., ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**
- Erfassung der Geschäfte,
  - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,
  - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
  - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Zu a) bis f):

Die für diesen Fragenkreis relevanten Finanzinstrumente wurden von der Gesellschaft im Berichtsjahr nach den erteilten Auskünften, die sich während unserer Prüfung bestätigt haben, nicht genutzt.

#### **Fragenkreis 6: Interne Revision**

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**
- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**
- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**
- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Zu a) bis f):

Eine eigenständige Interne Revision ist bei der Gesellschaft nicht eingerichtet.

### **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit**

#### **Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Im Rahmen unserer Prüfung sind keine zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen bekannt geworden, bei denen erforderliche Zustimmungen nicht vorlagen.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Es wurden im Berichtsjahr keine Kredite gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Anhaltspunkte für solche Maßnahmen haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Anhaltspunkte für solche Maßnahmen haben sich nicht ergeben.

#### **Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Im Berichtsjahr sind keine wesentlichen Investitionen durchgeführt worden.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Solche Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Siehe Ausführungen unter a).

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Siehe Ausführungen unter a).

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

**Fragenkreis 9: Vergaberegelungen**

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen waren im Rahmen der Prüfung nicht erkennbar.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Auskunftsgemäß werden bei der Vergabe von größeren Aufträgen Konkurrenzangebote eingeholt.

**Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Dem Aufsichtsrat wird in regelmäßigen Sitzungen Bericht erstattet. Im Berichtsjahr fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass unvollständige oder unzutreffende Berichterstattung erfolgt.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Der Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr in drei Sitzungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft sowie über wesentliche Vorgänge von der Geschäftsführung unterrichtet.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Dem Aufsichtsrat wurden der Gleichstellungsplan der Gesellschaft zur Kenntnis vorgelegt, Vorschläge für die Berufungen in das Kuratorium der Logistik-Initiative Hamburg unterbreitet sowie über die Auswirkungen des Eintritts der Gesellschaft in den TV-AVH berichtet.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Auskunftsgemäß existiert keine D&O-Versicherung.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Meldungen über Interessenkonflikte lagen auskunftsgemäß nicht vor.

## Vermögens- und Finanzlage

### **Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Auffallend hohe oder niedrige Bestände haben wir nicht festgestellt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Anhaltspunkte dafür haben sich nicht ergeben.

### **Fragenkreis 12: Finanzierung**

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Bezüglich der Darstellung der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft verweisen wir auf die Darstellungen der Geschäftsführung im Lagebericht (Anlage 4).



**b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Die Finanzlage ist als geordnet zu beurteilen. Es existieren im Berichtsjahr keine Kreditinanspruchnahmen.

**c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Fördermittel in Form von einer Festbetragsfinanzierung (TEUR 500) sowie Projektfördermittel in Höhe von insgesamt ca. TEUR 175 erhalten. Wir haben keine Anhaltspunkte dafür, dass Verpflichtungen oder Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

### **Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**

**a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Am Bilanzstichtag beträgt die Eigenkapitalquote 14,5 %. Finanzierungsprobleme sind auch aufgrund der Eigenkapitalausstattung nicht erkennbar.

**b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Über den Gewinnverwendungsvorschlag wird erst in der Aufsichtsratssitzung am 11. April 2023 entschieden.

### **Ertragslage**

#### **Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

**a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Eine Segmentberichterstattung existiert nicht.

**b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Wir haben keine einmaligen Vorgänge identifiziert.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich dafür keine Anhaltspunkte ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Es wurde keine Konzessionsabgabe entrichtet.

#### **Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**
- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Zu a) und b):

Verlustbringende Einzelgeschäfte haben wir nicht festgestellt.

#### **Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss erzielt.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Aktuell sind aufgrund der guten Ertragslage keine Verbesserungen geplant.

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

#### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufwertigungen. Weitere Aufwertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.